

MEDIENKONFERENZ VOM 5. SEPTEMBER

Paul Rechsteiner, Präsident des SGB

Entscheidende wirtschaftspolitische Weichenstellungen

Untergrenze von Fr. 1.40/Euro durchsetzen – Lohndumping mit allen Mitteln bekämpfen!

Wir leben in der Schweiz wirtschaftspolitisch derzeit in einer grotesken Situation. Grosse Teile der Wirtschaft laufen gut bis sehr gut. Sie hat sich nach der Finanzkrise überraschend schnell erholt. Statt dass dies nun den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern und der breiten Bevölkerung zugute käme, werden die durch den weit überbewerteten Frankenkurs verursachten Probleme zum dominierenden Thema. In Teilen der Industrie drohen Auslagerungen und Arbeitsplatzverluste, obschon technologisch hochproduktiv gearbeitet wird. Auf dem Arbeitsmarkt beginnen Missbräuche einzureissen mit Arbeitszeitverlängerungen, die ja nichts anderes sind als eine indirekte Lohnsenkung, und Lohnzahlungen in Euro. Aber nicht nur die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sollen die Folgen der Spekulation auf einen weit übersetzten Franken ausbaden. Sondern auch die aktuellen und zukünftigen Rentnerinnen und Rentner. Die gewaltigen Buchverluste der Pensionskassen auf den Fremdwährungsanlagen in der Grössenordnung von bis zu 50 Milliarden sind allein durch den überbewerteten Franken verursacht.

Der Schweizerische Gewerkschaftsbund begrüsst das am letzten Mittwoch vom Bundesrat geschnürte Massnahmenpaket, das durchwegs nützliche Vorschläge macht. Gemessen an der Grössenordnung der durch den weit übersetzten Franken verursachten Probleme sind sie jedoch nichts anderes als ein Tropfen auf den heissen Stein. Für die Zukunft der Schweizer Wirtschaft und der Arbeitsplätze ist entscheidend, dass die Probleme an der Wurzel bekämpft werden: nämlich beim weit übersetzten Frankenkurs.

Als der Schweizerische Gewerkschaftsbund vor einem Jahr erstmals (und in der Folge in regelmässigen Abständen) auf die aus dem Ruder laufende Wechselkursproblematik und die daraus folgenden gewaltigen wirtschaftspolitischen Risiken aufmerksam machte, war er mit der Forderung nach entschiedener Bekämpfung der Frankenstärke unter den wirtschaftspolitischen Akteuren lange Zeit beinahe allein. Noch im Juli 2011 herrschte fast flächendeckend die Meinung vor, dass die Nationalbank gegen den weit übersetzten Frankenkurs nichts unternehmen könne und solle. Im August ist das nun schlagartig anders geworden, als die jüngsten Interventionen der Nationalbank einhellig begrüsst worden sind.

Damit sind die durch die Spekulation auf dem Franken verursachten Probleme aber bestenfalls abgemildert, jedoch keineswegs gelöst. Bleibt die massive Ueberbewertung des Frankens noch

längere Zeit bestehen, dann wird dies viele Arbeitsplätze kosten, das Arbeitsklima vergiften und schlimmstenfalls in einer De-Industrialisierung und durch wirtschaftspolitisches Nichtstun selbst verursachten Wirtschaftskrise enden. Das ist wirtschaftspolitisch und politisch verantwortungslos.

Angesichts der dramatischen Ausgangslage, bei der oft auch der analytische Verstand Mangelware ist, hat der Schweizerische Gewerkschaftsbund entschieden, beim ausgewiesenen Devisenmarktspezialisten Michael Bernegger ein Gutachten einzuholen. Dieses zeigt, dass sich die Schweizer Wirtschaft seit der Einführung flexibler Wechselkurse immer auf eine gewisse Wechselkursstabilität verlassen konnte. Das wurde dadurch erreicht, dass die Nationalbank von 1978 bis 1999 eine Untergrenze zuerst zur DM und dann zum Euro verteidigt hat. Seit 2010 ist dies plötzlich nicht mehr der Fall.

Es ist deshalb wirtschaftspolitisch von entscheidender Bedeutung, dass wieder ein Mindestkurs mit einer Untergrenze von Fr. 1.40 pro Euro verteidigt wird. Wie im Gutachten überzeugend nachgewiesen wird, verfügt die Nationalbank über die Mittel, dieses Ziel zu erreichen. Dafür muss sie von den massgebenden wirtschaftspolitischen Akteuren, allen voran vom Bundesrat, gestützt werden. – Eine Währung ist kein Selbstzweck; sie muss der Wirtschaft dienen. Es kann deshalb nicht sein, dass die Währung ein wirtschaftlich starkes Land wie die Schweiz, statt ihr zu nützen, in eine Krise stürzt. Deshalb muss gehandelt werden, bevor es zu spät ist.

Der Schweizerische Gewerkschaftsbund verlangt aber nicht nur, dass das Problem des weit überbewerteten Frankens bei der Ursache bekämpft wird. Wir wehren uns auch entschieden dagegen, dass die Folgen der Frankenspekulation durch die Verschlechterung der Arbeitsbedingungen auf die Belegschaften abgewälzt werden. Besonders gefährlich ist die da und dort bereits einreissende Lohnzahlung in Euro bei Grenzgängern, die als Lohnsenkung auf die Neueinstellungen durchschlagen. Die Lohnzahlung in Euro widerspricht dem Diskriminierungsverbot, indem es die Belegschaften spaltet. Sie öffnet auch die Schleusen für Lohndumping. Wer stellt noch Inländerinnen und Inländer ein, wenn er für Leute aus dem Ausland viel weniger bezahlen muss?

Mit den flankierenden Massnahmen zu den bilateralen Verträgen ist entschieden worden, dass in der Schweiz Schweizer Löhne bezahlt werden müssen. Diese Botschaft muss nun auch von den Behörden aller Stufen, vom Bund bis zu den Kantonen, laut und deutlich ausgesprochen werden. Sie werden die Passivität gegenüber Missbräuchen auf dem Arbeitsmarkt sonst teuer bezahlen. Die Gewerkschaften können und werden nicht zulassen, dass das Lohnniveau entgegen den Versprechen schleichend unterlaufen wird. Mit Kontrollen und Mindestlöhnen steht das geeignete Instrumentarium zur Verfügung, gegen Lohndumping und Missbräuche einzuschreiten. Man muss es auch einsetzen, wenn es darauf ankommt. Die Kontrollen müssen deshalb verschärft und Mindestlöhne eingeführt werden, wo Lohndumping droht.

Die Schweiz und die Schweizer Wirtschaft stehen somit vor entscheidenden Weichenstellungen. Sowohl beim Schweizer Franken wie auch bei den Massnahmen gegen Lohndumping besteht Handlungsbedarf. Die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer dürfen jetzt nicht um das geprellt werden, was sie verdient haben. Das sind die in den nächsten Monaten wirtschaftspolitisch entscheidenden Fragen.